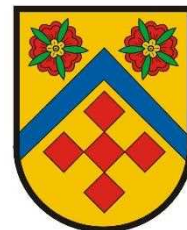


Gemeinde Dötlingen

Die Bürgermeisterin



Niederschrift
über die Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz vom 19.05.2026
im Rathaus der Gemeinde Dötlingen, Sitzungszimmer, Hauptstr. 26,
27801 Neerstedt
- Hybridsitzung -
AU/001/2026

| | |
|----------------|------------------|
| Beginn: | 18:00 Uhr |
| Ende: | 19:20 Uhr |

Tagesordnung:

| Top | Bezeichnung | Dr.-Nr. |
|-----|--|----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 11.11.2025 | |
| 4 | Bericht der/des Ausschussvorsitzenden | |
| 5 | Aussprache zum Bericht der/des Ausschussvorsitzenden | |
| 6 | Bericht der Bürgermeisterin | |
| 6.1 | Erstellung eines Pflegekonzeptes; hier: Nachfolgende Entwicklung zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.09.2023 (Dr.-Nr. 2023/777) | 2026/130 |
| 7 | Aussprache zum Bericht der Bürgermeisterin | |
| | Einwohnerfragestunde | |
| 8 | Vorstellung der Energiegenossenschaft Oldenburger Land eG (EEGENO) | 2026/132 |
| 9 | Klimarelevanzprüfung für Sitzungsvorlagen (Klimacheck); hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.01.2022 | 2026/133 |
| 10 | Fortschreibung des Klimaschutz- und Energiekonzeptes der Gemeinde Dötlingen; | 2026/134 |



Zu TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Orth lässt über die Tagesordnung abstimmen. Diese wird einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Zu TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 11.11.2025

Ausschussvorsitzender Orth lässt über die Niederschrift der Sitzung vom 22.05.2025 abstimmen. Diese wird bei 3 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 3 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

Zu TOP 4 Bericht der/des Ausschussvorsitzenden

Ausschussvorsitzender Orth gibt einen Rückblick auf die Ratsperiode 2021–2026 sowie auf die Arbeit des Ausschusses für Umweltschutz. In der laufenden Ratsperiode fanden insgesamt zehn Ausschusssitzungen mit einer Gesamtdauer von rund 14 Stunden statt.

Mit Blick auf die kommende Ratsperiode regt Ausschussvorsitzender Orth an, den Ausschuss künftig als „Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz“ zu führen und Klima- sowie Energiethemen stärker dort zu verankern. Hintergrund sei, dass insbesondere Energiethemen im Ausschuss für Infrastruktur und Energie einen erheblichen Teil der Beratungen eingenommen hätten und der Ausschuss insgesamt stark ausgelastet sei.

Darüber hinaus berichtet Ausschussvorsitzender Orth, dass im Ausschuss für Umweltschutz insgesamt neun politische Anträge behandelt wurden. Davon entfielen sieben auf die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ein gemeinsamer Antrag wurde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und SPD-Fraktion eingebracht, ein weiterer Antrag stammte von der FDP-Fraktion.

Kritisch merkt Ausschussvorsitzender Orth an, dass die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes zwar bereits im Jahr 2022 beantragt, die Entscheidung jedoch noch nicht getroffen worden sei. Auch die Umsetzung des Antrages zum sogenannten „Niedersächsischen Weges“ stehe seit 2023 weiterhin aus. Ebenso sei die Erstellung eines Biotopverbundes bislang noch nicht erfolgt.

Als Problem nennt Ausschussvorsitzender Orth den Mangel an Fachpersonal im Rathaus, wodurch zahlreiche Vorhaben nur verzögert bearbeitet werden könnten.

Abschließend bedankt sich Ausschussvorsitzender Orth bei allen politischen Vertreterinnen und Vertretern des Ausschusses, den hinzugewählten und hinzugezogenen Mitgliedern sowie der Verwaltung für die Zusammenarbeit während der Ratsperiode.



Zu TOP 5 Aussprache zum Bericht der/des Ausschussvorsitzenden

Die Anwesenden nehmen die Ausführungen von Ausschussvorsitzendem Orth zur Kenntnis.

Ratsvorsitzende Wilke erklärt, dass sie die Ausführungen von Ausschussvorsitzendem Orth nachvollziehen könne. Jedoch weist sie darauf hin, dass zwar viele Energie-Themen im Ausschuss für Infrastruktur und Energie behandelt worden seien, diese jedoch häufig in engem Zusammenhang mit Infrastrukturmaßnahmen gestanden hätten.

Stellvertretender Bürgermeister Zingler bedauert, dass die vorgesehene Klimaschutzstelle bislang nicht geschaffen worden sei. Gerade für die Arbeit des Ausschusses für Umweltschutz sei diese Stelle von großer Bedeutung und werde insbesondere mit Blick auf zukünftige Aufgaben dringend benötigt. Zugleich mahnt er an, das vorhandene Personal nicht weiter zu überlasten, da die Arbeitsbelastung stetig zunehme und die Mitarbeitenden nicht mehr leisten könnten als bereits jetzt.

Ratsfrau Schütte schließt sich den Ausführungen von stellvertretendem Bürgermeister Zingler an. Sie bedauert ebenfalls, dass bislang nur wenige Maßnahmen umgesetzt worden seien. Den Vorschlag, Energiethemen künftig stärker im Ausschuss für Umweltschutz zu behandeln, begrüßt sie. Zur künftigen Ausschussbildung müsse man sich gegebenenfalls noch einmal Gedanken machen.

Zu TOP 6 Bericht der Bürgermeisterin

Zu TOP 6.1 Erstellung eines Pflegekonzeptes;

**hier: Nachfolgende Entwicklung zu dem Antrag der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen vom 18.09.2023 (Dr.-Nr. 2023/777)**

Vorlage: 2026/130

Bekanntlich hatte sich das Fachbüro „Stadt-Land-Grün“ aus Wardenburg in der Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz am 22.05.2025 vorgestellt (vgl. Dr.-Nr. 2025/054) und den weiteren möglichen Ablauf zur Erstellung eines Pflegekonzeptes erläutert.

Daraus resultierend wurden sog. „Testflächen“ bestimmt. Anhand dieser Flächen sollte das Planungsbüro erste Ansätze zur Neugestaltung entwickeln sowie die voraussichtlichen Kosten aufzeigen. Die Lage der Testflächen wurden dem Büro von der Verwaltung am 23.06.2025 mitgeteilt.

Da bis zum 23.03.2026 weder Ergebnisse vorlagen noch ein Angebot eingegangen ist, hat die Verwaltung bei weiteren Firmen nach Angeboten gefragt. Nachfolgend hat das Planungsbüro Gerdes aus Oldenburg inzwischen den Auftrag für die Planung der 3 Testflächen erhalten. Auch



wurde (am 30.04.2026) ein Auftaktgespräch mit Herrn Gerdes geführt. Zudem sind die Testflächen inzwischen von dem Planungsbüro besichtigt und erfasst worden.

Im weiteren Verlauf wird Herr Gerdes nun ein kleines Konzept für die ausgewählten Beete erstellen und dies voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz präsentieren.

Zu TOP 7 Aussprache zum Bericht der Bürgermeisterin

Die Anwesenden nehmen die Ausführungen von Bürgermeisterin Oltmanns zur Kenntnis.

Ausschussvorsitzender Orth bedauert, dass sich das Verfahren verzögert hat.

Zu TOP Einwohnerfragestunde

Ausschussvorsitzender Orth schließt die Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz und eröffnet die Einwohnerfragestunde um 18:10 Uhr.

Repowering von Windenergieanlagen in Iserloy

Auf Nachfrage einer Einwohnerin erläutert Verwaltungsangestellte Hollmann, dass es üblich sei, im Zuge eines geplanten Repowerings von Windenergieanlagen faunistische Gutachten erstellen zu lassen. Die faunistischen Gutachten beziehungsweise die dazugehörigen Kartierungen seien Bestandteil des Planungs- und Genehmigungsverfahrens.

Zuständige Genehmigungsbehörde sei der Landkreis Oldenburg. An diesen könne man sich bei weiteren Fragen wenden. Ob jedoch eine Auskunft erteilt werde, könne sie nicht sagen, da hierfür ein berechtigtes nachbarschaftliches Interesse nachgewiesen werden müsse.

Nutzung eines Schlauchturms als Artenschutzurm – Kontrolle und Anbringung eines Schildes

Eine Einwohnerin berichtet, dass der Schlauch- und Artenschutzurm in Kürze einmal kontrolliert werden müsse. Aufgrund der Höhe der Anlage fragt sie an, ob die Gemeinde hierbei unterstützend tätig werden könne, da der NABU die notwendigen Arbeiten allein nicht leisten könne.

Verwaltungsangestellte Hollmann berichtet, dass dem Bauhof nicht die entsprechenden Gerätschaften zur Verfügung stünden, um Arbeiten in einer solchen Höhe durchführen zu können.

Die Einwohnerin schlägt daraufhin vor, die Kontrolle im Rahmen einer Übung der Feuerwehr unter Einsatz von Leitern vorzunehmen.

Verwaltungsangestellte Hollmann teilt mit, dass sie dies derzeit nicht zusagen könne und dies zunächst geprüft werden müsse.



Die Einwohnerin berichtet, dass ein Hinweisschild angebracht werden sollte. Die Übernahme der Kosten hierfür sei jedoch seinerzeit von der Gemeinde abgelehnt worden.

Verwaltungsangestellte Hollmann schlägt vor, dass der NABU ein entsprechendes Schild auch selbst anbringen beziehungsweise finanzieren könne.

Bürgermeister Oltmanns sagt zu, den Sachverhalt nochmals prüfen zu lassen. Es müsse einen Grund für die damalige Ablehnung gegeben haben.

Ausgewählte Flächen für die Umsetzung des Pflegekonzeptes

Auf Nachfrage einer Einwohnerin teilt Bürgermeister Oltmanns mit, dass sich ein Beet am Bahnhof in Brettorf, ein weiteres Beet in Neerstedt gegenüber dem Bauhof sowie ein weiteres Beet in Dötlingen am Ortseingang auf der linken Seite aus Richtung Neerstedt kommend befindet. Dies sei entsprechend vom Verwaltungsausschuss beschlossen worden.

Sodann schließt Ausschussvorsitzender Orth die Einwohnerfragestunde und eröffnet erneut die Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz um 18:19 Uhr.

Zu TOP 8 Vorstellung der Energiegenossenschaft Oldenburger Land eG (EEGENO)

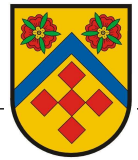
Vorlage: 2026/132

Ausschussvorsitzender Orth leitet in die Thematik ein und übergibt das Wort an Tamino Büttner, Vorstandsmitglied der Energiegenossenschaft Oldenburger Land eG (EEGENO), der die Ziele, Projekte sowie mögliche Kooperationsansätze mit der Gemeinde Dötlingen anhand einer Präsentation (**Anlage**) vorstellt.

Auf Nachfrage von Ratsvorsitzender Wilke erläutert Herr Büttner, dass von Privatpersonen derzeit ein Genossenschaftsanteil in Höhe von 100,00 Euro erworben werden könne. Weitere Anteile könnten voraussichtlich später zusätzlich erworben werden. Als Kommune sei es möglich, sich mit einem größeren Beitrag einzubringen.

Stellvertretender Bürgermeister Zingler berichtet, dass die öffentlichen Gebäude der Gemeinde hinsichtlich möglicher Photovoltaiknutzung weitgehend ausgelastet oder nicht geeignet seien. Weitere Anlagen kämen daher vor allem bei künftigen Neubauten in Betracht.

Bürgermeisterin Oltmanns erklärt, dass eine mögliche Beteiligung der Gemeinde im Nachgang betrachtet werden solle. Sie weist zudem darauf hin, dass mit dem geplanten Feuerwehrgebäude in Brettorf bereits das nächste größere Vorhaben anstehe. Dort werde der erzeugte Strom voraussichtlich überwiegend selbst benötigt. Für zukünftige Projekte könne eine Zusammenarbeit jedoch durchaus denkbar sein. Auch sei die Idee aufgekommen, Seitenstreifen von Radfahrwegen für PV-Nutzung zur Verfügung zu stellen.



Ratsvorsitzende Wilke erkundigt sich zudem nach dem Einzugsgebiet der Genossenschaft.

Herr Büttner erklärt hierzu, dass die Zielregion insbesondere der Landkreis Oldenburg sowie perspektivisch das gesamte Oldenburger Land umfasse.

Ausschussvorsitzender Orth merkt an, dass es seiner Kenntnis nach laut den vorliegenden Gutachten noch freie Flächen gegeben habe. Da die Gemeinde Strom vergleichsweise günstig beziehe, habe man sich gegen eine Eigennutzung der Flächen entschieden, jedoch könne es sinnvoll sein, geeignete Flächen an Dritte weiterzugeben.

Bürgermeisterin Oltmanns entgegnet hierzu, dass nach der Machbarkeitsstudie alle Flächen für PV-Nutzung ausgeschieden seien bzw. sich nicht wirtschaftlich darstellen ließen. Teilweise erforderten auch entsprechende Anlagen zusätzliche Unterkonstruktionen, welche die Projekte teuer werden lassen.

Sodann lässt Ausschussvorsitzender Orth über die Beschlussempfehlung abstimmen. Diese wird einstimmig bei 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Der Ausschuss für Umweltschutz empfiehlt:

Der Verwaltungsausschuss beschließt:

„Die Vorstellung der Vertreter der Energiegenossenschaft Oldenburger Land eG (EEGENO) zu den Zielen, Projekten sowie möglichen Kooperationsansätzen mit der Gemeinde Dötlingen wird zur Kenntnis genommen.“

Abstimmungsergebnis:

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Zu TOP 9 Klimarelevanzprüfung für Sitzungsvorlagen (Klimacheck);

hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.01.2022

Vorlage: 2026/133

Ausschussvorsitzender Orth leitet in die Thematik ein und erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Stellvertretender Bürgermeister Zingler erklärt, dass er den Beschlussvorschlag grundsätzlich für vernünftig halte, die Umsetzung derzeit jedoch nicht realistisch sei. Hierfür werde zusätzliches Personal benötigt, das die Aufgaben leisten müsse. Aus seiner Sicht werde dadurch erneut zusätzliche Bürokratie aufgebaut, da Maßnahmen geprüft und bearbeitet werden müssten. Derzeit sei dies personell nicht leistbar. Er kündigt daher an, sich bei der Abstimmung zu enthalten. Entweder müsse die Maßnahme sofort konsequent umgesetzt werden oder gar nicht. Er spreche sich in diesem Fall für Letzteres aus.



Ratsvorsitzende Wilke schließt sich den Ausführungen von stellvertretendem Bürgermeister Zingler an. Auch sie befürchtet einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand sowie einen weiteren Ausbau bürokratischer Prozesse. Ihrer Ansicht nach sei das Verfahren zu aufwendig und zu sperrig. Stattdessen solle pragmatischer vorgegangen werden. Sie regt an, sich beim Landkreis Oldenburg zu erkundigen, ob eine Vereinfachung des Vorgehens möglich ist. Ihres Wissens nach setze der Landkreis Oldenburg für den Kreistag dieses weniger komplex um.

Ausschussvorsitzender Orth erklärt, dass er entsprechende Rückmeldungen ebenfalls bereits gehört habe.

Bürgermeisterin Oltmanns erläutert, dass die Zurückstellung des Antrages insbesondere auf die notwendige Abstimmung mit dem Landkreis sowie anderen Kommunen zurückzuführen sei. Grundlage für die Beschlussempfehlung und Sitzungsvorlage sei die Ausarbeitung der Klimaschutzmanagerin des Landkreises Oldenburg Frau Schöne gewesen, sodass ein entsprechender Austausch mit ihr – und auch anderen Kommunen des Landkreises Oldenburg – erfolgt sei. Darüber hinaus gebe es zahlreiche Fragen, die von der Verwaltung geklärt werden müssten, jedoch in den Sitzungsvorlagen nicht sichtbar seien. In den Sitzungsvorlagen werde lediglich das Ergebnis und nicht der gesamte Prüfprozess abgebildet. Der personelle Aufwand sei erheblich, da sämtliche Mitarbeitenden entsprechend geschult werden müssten. Der 1. November 2026 sei daher als frühestmöglicher realistischer Zeitpunkt genannt worden. Dieser Termin sei jedoch nicht festgelegt und weiterhin Gegenstand der Beratung.

Ratsfrau Schütte weist darauf hin, dass darauf geachtet werden müsse, die Verwaltung und den neuen Rat nicht zusätzlich zu belasten.

Ratsfrau Höfel **beantragt** eine **getrennte Abstimmung** über die einzelnen Punkte der Beschlussempfehlung. Sie erklärt, dass die CDU-Fraktion dem ersten Punkt der Beschlussempfehlung nicht zustimmen werde, den übrigen Punkten jedoch folgen könne. Es bestehe die Sorge, dass selbst einfache Vorgänge künftig deutlich länger dauern und umfangreicher geprüft werden müssten, was einen zu hohen Aufwand für die Verwaltung bedeute.

Ausschussvorsitzender Orth betont, dass es der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor allem darum gehe, zu prüfen, ob Vorhaben klimarelevant seien oder nicht. Bei Maßnahmen mit entsprechenden Auswirkungen solle der Klimaschutz stärker berücksichtigt werden. Dadurch könnten langfristig klimafreundliche Entscheidungen getroffen und zugleich Kosten eingespart werden.

Bürgermeisterin Oltmanns entgegnet, dass auch bislang auf klimarelevante Aspekte geachtet worden sei. Mitarbeitende seien bereits ohne ein aufwendiges Bewertungsverfahren entsprechend sensibilisiert worden. Dies soll künftig entsprechend so gehandhabt werden. Dafür bräuchten keine Richtlinien aufgestellt zu werden.

Ratsvorsitzende Wilke erklärt, sie halte es für sinnvoll, weiterhin auf Umweltbewusstsein und Nachhaltigkeit, insbesondere bei Beschaffungen, zu achten.

Bürgermeisterin Oltmanns bestätigt, dass dies bereits berücksichtigt werde und führt Beispiele an.



Verwaltungsangestellte Hollmann ergänzt, dass auch beim Bauhof bereits verstärkt auf klimafreundliche Lösungen geachtet werde, beispielsweise durch den Einsatz akkubetriebener statt benzinbetriebener Geräte. Die Ziele seien grundsätzlich richtig und wichtig, die vorgeschlagenen Maßnahmen derzeit jedoch kaum praktikabel und würden eine zusätzliche Belastung darstellen. Das notwendige Bewusstsein für Klimaschutz müsse vielmehr von allen Beteiligten mitgetragen werden.

Auf Anregung von Ratsvorsitzende Wilke besteht Einigkeit darüber, dass weitere Ideen und Vorschläge zur Umsetzung im Laufe des Verfahrens eingebracht und entsprechend im Verwaltungsausschuss behandelt werden könnten.

Dem **Antrag** von Ratsfrau Höfel auf **getrennte Abstimmung** wird einstimmig stattgegeben.

Sodann lässt Ausschussvorsitzender Orth über die einzelnen Punkte der Beschlussempfehlung **abstimmen**.

Punkt 1 der Beschlussempfehlung wird bei 1 Ja-Stimme, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen **nicht angenommen**.

Der Ausschuss für Umweltschutz empfiehlt:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt:

Der Rat der Gemeinde Dötlingen beschließt:

„Eine Klimarelevanzprüfung in Sitzungsvorlagen wird für eine Pilotphase vom 01.11.2026 bis zum 31.10.2027 eingeführt. Nach der Evaluation der Pilotphase wird über eine Anpassung sowie Verfestigung der Vorgehensweise beraten. Sollten Empfehlungen oder neue Erkenntnis ermittelt werden, sind diese gegebenenfalls aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 1 Nein 1 Enthaltung 3 Befangen 0

Punkt 2 der Beschlussempfehlung wird bei 2 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen **angenommen**.

Der Ausschuss für Umweltschutz empfiehlt:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt:

Der Rat der Gemeinde Dötlingen beschließt:

„Eine Grundsatzentscheidung zur prioritären Behandlung von Entscheidungen, welche den Klimawandel und dessen Folgen abschwächen, wird nicht getroffen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 2 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0



Punkt 3 der Beschlussempfehlung wird bei 2 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen **angenommen.**

Der Ausschuss für Umweltschutz empfiehlt:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt:

Der Rat der Gemeinde Dötlingen beschließt:

„Auch wird zum jetzigen Zeitpunkt das Beschaffungswesen der Gemeinde für mehr Klimaschutz nicht evaluiert und es werden auch keine klimafreundlichen Handlungsempfehlungen erarbeitet sowie keine Mitarbeiterschulungen vorgenommen.“

Abstimmungsergebnis:

Ja 2 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0

**Zu TOP 10 Fortschreibung des Klimaschutz- und Energiekonzeptes der Gemeinde Dötlingen;
hier: Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 14.03.2026
Vorlage: 2026/134**

Ausschussvorsitzender Orth leitet in die Thematik ein und erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Stellvertretender Bürgermeister Zingler führt aus, dass die Fortschreibung des Klimaschutz- und Energiekonzeptes der Gemeinde Dötlingen gemeinsam mit dem Landkreis Oldenburg erfolgen solle. Zwar werde bereits einiges für den Klimaschutz und den Energiebereich unternommen, dies reiche aus seiner Sicht jedoch nicht aus. Die Kommunale Wärmeplanung könne diese Arbeit nicht ersetzen, sondern stelle lediglich einen Teilaspekt dar. Er spricht sich daher dafür aus, zusätzlich eine weitere Stelle zu schaffen, die sich gezielt der Bearbeitung der Aufgaben widmet. Er bittet darum, die Thematik gemeinsam mit dem Landkreis Oldenburg konsequent weiterzuverfolgen, um spürbare Fortschritte zu erzielen. Es dürfe nicht beim bisherigen Stand bleiben; vielmehr sei ein Fortschritt anzustreben. Grundsätzlich halte er es für richtig, den Prozess weiterzuführen. Dem vorliegenden Beschlussvorschlag könne er in seiner aktuellen Form jedoch nicht zustimmen, sodass er folgende Änderung des Beschlussvorschlages **beantragt:**

Der Ausschuss für Umweltschutz empfiehlt:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt:

Der Rat der Gemeinde Dötlingen beschließt:

„Die Fortschreibung des Klimaschutz- und Energiekonzeptes wird zukünftig über die Integration der Gemeinde Dötlingen in das landkreisweite Klimaschutzkonzept angestrebt.“

Die Verwaltung wird beauftragt, den aktuellen Stand, den angestrebten Rahmen und die mögliche Zusammenarbeit bzw. Einbindung der Gemeinde beim Landkreis zu erfragen/abzustimmen. Der



*Sachstand wird im nächsten Ausschuss für Umweltschutz vorgestellt. Ggf. wird eine zuständige Person als Referent*in aus dem Landkreis eingeladen.“*

Bürgermeisterin Oltmanns erklärt, dass für eine Umsetzung im gewünschten Maß zwingend die Einstellung einer weiteren Person notwendig ist, um die Aufgaben schultern und bewältigen zu können.

Ausschussvorsitzender Orth erläutert, dass es ebenfalls sein Anliegen sei, ein gemeinsames, landkreisweites Konzept mit entsprechenden Synergieeffekten zu entwickeln.

Ratsfrau Schütte spricht sich für die Einstellung einer zusätzlichen Fachkraft aus, da diese aus ihrer (heutigen) Sicht zwingend erforderlich sei.

Ratsvorsitzende Wilke schließt sich der Auffassung von stellvertretendem Bürgermeister Zingler an. Sie weist darauf hin, dass die Kommunale Wärmeplanung sehr aufwendig sei. Für Kommunen mit weniger als 10.000 Einwohnern bestehe die Möglichkeit eines vereinfachten Verfahrens. Sie fragt, ob dies weiterverfolgt werde.

Bürgermeisterin Oltmanns bestätigt dies und erklärt, dass der Stichtag für die Kommunale Wärmeplanung der 30.06.2028 sei. Die Umsetzung erfordere einen erheblichen Arbeitsaufwand, weshalb der gestartete Prozess derzeit teilweise ausgesetzt werden müsse.

Auf Nachfrage von Ausschussvorsitzendem Orth betont Bürgermeisterin Oltmanns, dass es sich bei der Gemeindeentwicklungsplanung insgesamt um einen dynamischen Prozess handelt, der weitergeführt werden soll, sodass seine Ausführungen hierzu aus dem Kontext gerissen worden sei. Das in der heutigen Sitzung beratende Thema war ursprünglich bis zum „Abschluss der Gemeindeentwicklungsplanung“ zurückgestellt worden. Insofern hätte die Verwaltung das Thema nun ohnehin aufgegriffen, ohne dass es eines gesondertes Antrages bedurft hätte.

Abschließend wird über den **Antrag** von stellvertretendem Bürgermeister Zingler zur Änderung der Beschlussempfehlung abgestimmt. Dieser wird bei 4 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Sodann lässt Ausschussvorsitzender Orth über die **geänderte Beschlussempfehlung** abstimmen. Diese wird einstimmig bei 4 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen **angenommen**.

Der Ausschuss für Umweltschutz empfiehlt:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt:

Der Rat der Gemeinde Dötlingen beschließt:

„Die Fortschreibung des Klimaschutz- und Energiekonzeptes wird zukünftig über die Integration der Gemeinde Dötlingen in das landkreisweite Klimaschutzkonzept angestrebt.

Die Verwaltung wird beauftragt, den aktuellen Stand, den angestrebten Rahmen und die mögliche Zusammenarbeit bzw. Einbindung der Gemeinde beim Landkreis zu erfragen/abzustimmen. Der Sachstand wird im nächsten Ausschuss für Umweltschutz vorgestellt. Ggf. wird eine zuständige Person als Referent*in aus dem Landkreis eingeladen.“

**Abstimmungsergebnis:**

Ja 4 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Zu TOP 11 Anfragen und Anregungen**Zu TOP 11.1 Anfragen und Anregungen - Uferschwalben im A1 Gewerbepark
Wildeshausen-Nord**

Ausschussvorsitzender Orth fragt an, wie das Vorgehen ist, wenn die Ansiedlung einer solch bedrohten Vogelart beobachtet wird. Es stelle sich die Frage, ob die Untere Naturschutzbehörde oder die Gemeinde Dötlingen zu kontaktieren sei.

Bürgermeisterin Oltmanns erläutert, dass eine generelle Antwort schwierig sei. Im vorliegenden Fall sei bereits eine schriftliche Eingabe zu der Ansiedlung der Uferschwalben bei der Gemeinde Dötlingen als Grundstückseigentümerin erfolgt. Auch habe es eine Information durch die Naturschutzstiftung gegeben. Der Abtrag des Sandhügels sei zunächst gestoppt worden. Sobald die Uferschwalben das Gebiet verlassen sollten, könne der Hügel entfernt werden.

Es wird berichtet, dass die Untere Naturschutzbehörde entsprechend informiert worden sei und diese die direkt betroffenen Anlieger angeschrieben habe mit der Aufforderung, den Sandhügel nicht anzutasten.

Ferner wird darauf hingewiesen, dass vor einem möglichen Abtrag die Untere Naturschutzbehörde prüft, ob die Schwalben das Gebiet tatsächlich verlassen haben.

Auf Anfrage von Ausschussvorsitzendem Orth teilt Bürgermeisterin Oltmanns mit, dass eine spätere Verlagerung des Haufens grundsätzlich möglich, jedoch mit erheblichen Kosten verbunden und zeitlich aufwendig sei. Zudem sei das Grundstück bislang noch nicht veräußert, sodass abgewartet werden könne. Außerdem wird angemerkt, dass es sich bei dem Sandhügel nicht um gemeindeeigenes Material handelt und der Verursacher die Aufforderung der Beseitigung erhalte. Da die Zeit nicht dränge, könnte aktuell abgewartet werden.

Ausschussvorsitzender Orth äußert, dass er eine Unterstützung der Ansiedlung solcher Vogelarten begrüßen würde.

Ratsfrau Schütte fragt nach dem Hintergrund der Ansiedlung.

Ausschussvorsitzender Orth erläutert, dass Uferschwalben auf steile Sandabbrüche angewiesen seien und das vorhandene Lehm-Sand-Gemisch dafür gut geeignet sei.

Ratsfrau Schütte bewertet dies positiv und bezeichnet die Entwicklung als eine „tolle Sache“.



Zu TOP Einwohnerfragestunde

Ausschussvorsitzender Orth schließt die Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz und eröffnet die Einwohnerfragestunde um 19:20 Uhr.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Sodann schließt Ausschussvorsitzender Orth die Einwohnerfragestunde und die Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz um 19:20 Uhr.

Bürgermeisterin

Antje Oltmanns

Vorsitzender

Dirk Orth

Protokollführerin

Lea Möller